sich nehmen, und gehen zu lassen; aber er werde mit dem General sprechen und seine Befehle wir nächsten Morgen mittheilen. Die Nacht über hatten wir ohne irgend etwas, ohne Decken u. s. w. in einer Wagenremise zuzubringen, in der Hühner und Truthühner nisteten und brüteten. Der Raum war buchstäblich lebendig vom Ungeziefer. Die Thür war verrammt mit Steinen und bewaffnete Wachen standen um das Gebäude. Donnerstag Morgen erhielten wir ein wenig Essen von unserem eigenen Wagen und Nachmittag um 2 Uhr gaben die Engländer uns ein wenig zu essen. Um 3 Uhr kam Stabsarzt Dr. Bradshaw und sagte, daß wir uns fertig zu machen hätten, um 4 Uhr würden wir nach Capstadt transportirt. Ich fragte ihn: „Habe ich zu verstehen, daß das Ambulanz-Personal eines Staates, der unter dem Schutze und den Verpflichtungen der Genfer Convention steht, kriegsgefangen genommen werden kann, während dasselbe den Verwundeten hilft, und obschon eben dieses Personal von seiner Regierung vorschriftsmäßig und regelrecht angestellt ist?" Er antwortete: „Ja." Auf meine Frage, ob unter diesen Umständen die ganze Ambulanz-Ausrüstung als Beute uns abgenommen würde, antwortete er ebenfalls: „Ja." Ich habe kein weiteres Wort mit ihm gewechselt. Am Freitag Morgen wurden wir nach Capstadt transportirt. Ehe wir abfuhren, begegnete ich Capitän Roß, der Provost-General des Stabes ist. Ich sagte ihm, daß meiner Meinung nach die uns zu Theil gewordene Behandlung gänzlich ungesetzlich und ein Bruch der Genfer Convention sei. Vom Modderfluß bis zum Oranjefluß wurden wir in Viehwagen zusammen mit den Verwundeten befördert; vom Oranjefluß nach De Aar in dritter Classe. In De Aar wurden wir ins Gefängniß gewerfen und mußten den ganzen Tag im Gefängniß mit gemeinen Gefangenen und Verbrechern zubringen. Der ganze Raum wimmelte von Wanzen und anderem Ungeziefer. Kaffee wurde uns serwirt in einem Eimer und Brot in einem schmutzigen Sack. Von De Aar hatten wir wieder in Viehwagen zu reisen, die nicht einmal gereinigt waren, obschon wenigstens zehn Personenwagen im Zuge liefen ohne einen einzigen Passagier. Die über uns gesetzten Wachen waren alle bewaffnet und fuhren mit uns in den Viehwagen, um uns ja genau überwachen zu können, und es wurde ihnen in unserer Gegenwart folgender wörtlicher Befehl gegeben: „Sie erlauben keinem von diesen Gefangenen, den Viehwagen zu verlassen, und wenn sich einer der Leute im Geringsten etwas erlaubt, so wissen Sie, was Sie zu thun haben." Glücklicher Weise für uns waren die Wachleute mehr civilisirt als die Officiere, die die Befehle gegeben hatten. Wir kamen zu Capstadt an am Montag um 12 Uhr 30 Minuten Mittags und wurden sofort nach dem „New Militarn Hospital", Greatwater, geschickt. Hier wurde uns erklärt, die ganze Sache sei ein „Versehen" und wir wurden so schnell wie möglich wieder zurückgeschickt. Dr. Mangold und ich gaben hierauf eine eidliche Erklärung ab, daß unsere Leute zum Rothen Kreuz gehören und keine Waffen trugen. Am selben Abend um 9 Uhr verließen wir Capstadt; die Doctoren 1. Classe, die Assistenten 3. Classe. Essen bekamen wir in Matjesfontein, Fraserburg-Road und Victoria-West. Auf unserem Wege nach Capstadt erhielten wir weiter nichts, als einmal täglich Brod, Kaffee und etwas Conservenfleisch. An einzelnen Plätzen konnten wir etwas Essen kaufen. Als wir wieder nach Modderfluß kamen, kam Capitän Roß auf uns zu. Wir erfuhren ihn, uns unsere Ambulanzwagen und unser Ambulanzmaterial auszuhändigen, und erhielten zur Antwort, daß er Befehl erhalten habe, solche nicht auszugeben. Vom Modderfluß hatten wir mit unserem Gepäck auf den Rücken zu Fuß zu laufen und zu sehen, wo wir unsere Bürgerabtheilungen finden konnten, die uns nach Jakobsdal weitertransportiren sollten."

Soweit der Bericht des Dr. Ramsbottam. Die Regierung des Freistaates machte in dieser Angelegenheit wiederholt Vorstellung beim Gouverneur in Capstadt, und die einzige ewig wiederkehrende Antwort lautete: „Bedauere, es war ein Versehen." Und auf das Andringen der freistaatlichen Regierung, daß die abgenommenen Ambulanzwagen und -Material zurückgegeben werden möchten, kommt man englischerseits stets mit der Ausflucht: man müsse erst untersuchen, ehe definitive Befehle gegeben werden könnten. Dieses schändliche, jeder Civilisation Hohn sprechende Benehmen englischer Officiere und Beamten brachte mit sich, daß die armen Verwundeten und Kranken in Jakobsdal eine volle Woche ohne ärztliche Hilfe waren, und infolge des Diebstahls des Ambulanz-Materials durch englische Officiere gebrach es in den Lazarethen des Freistaates (an der Westgrenze) bald an Medicinen und Verbandmaterial. Wie von Gott geschickt kam die deutsche Ambulanz mit reichlichem Material zu rechter Zeit, die seit Sonnabend, den 16. December, in Jakobsdal ihre segensreiche Thätigkeit entfaltet hat. Die Handlungsweise der Engländer aber übermittele ich hiermit dem Weltgerichte. (Tägliche Rundschau.)

Die Eingeborenen im südafrikanischen Kriege.

* **London**, 15. Februar. (Unterhaus.) (Fortsetzung.) Derburgh fragt Balfour, ob er in Anbetracht der Thatsache, daß die Boeren in Zululand eingedrungen sind und die Eingeborenen angegriffen haben, sowie die Thatsache, daß Eingeborene von den Boeren als bewaffnete Combattanten benutzt werden, nach bei seiner im October abgegebenen Erklärung beharre, daß Eingeborenentruppen in dem jetzigen Kriege nicht verwendet werden würden, und ob er dieses Versprechen auch auf die indischen Eingeborenentruppen und die indischen Fürsten, die ihre Dienste anboten, anwende. Balfour erwidert, Derburgh habe gut gethan, die Frage in mehrere Theile zu zerlegen. Zwischen den Eingeborenenstämmen Südafrikas und den indischen Truppen bestehe keine Aehnlichkeit oder Analogie. Die Hilfe der letzteren werde mit Stolz für jeden Krieg willkommen geheißen, der unter gewöhnlichen Umständen geführt werde. Die Erklärung, die Derburgh angeführt habe, gründe sich auf den Gedanken, daß der Krieg in Südafrika nicht unter gewöhnlichen Umständen geführt werde und daß es mit allgemeiner Zustimmung als wünschenswerth erachtet werde, daß der Krieg auf die beiden hauptsächlich in Betracht kommenden weißen Rassen beschränkt werde. „Wenn die Boeren einen mit diesem Gedanken nicht zu vereinbarenden Weg einschlagen", schließt Balfour, „werden wir uns für befugt halten, unseren Entschluß nochmals in Erwägung zu ziehen." (Beifall.) Courtney fragt, ob Balfour dafür sorgen wolle, daß man sich betreffs der Behauptung von Angriffen der Boeren auf Eingeborene die möglichste Gewißheit verschaffe, und ob Balfour wisse, daß sowohl in Bezug auf diese, wie auf viele andere Behauptungen von einer Verletzung der Kriegsgebräuche auf beiden Seiten Anschuldigungen erhoben würden. Balfour erwidert, es seien keine Anschuldigungen wegen einer Verletzung der Kriegsgebräuche erhoben worden, und er könne Courtney versichern, daß die sorgsamsten Erhebungen angestellt würden. — Der Posten „Nachtragscredit für Mannschaften" wird vom Hause mit 239 gegen 34 Stimmen angenommen.

Deutsches Reich.

β. **Berlin**, 16. Februar. (Wer trägt die Verpflichtung zur Lösung der Deckungsfrage?) Die „Köln. Volksztg." wendet sich mit außerordentlicher Schärfe gegen das Verlangen, daß die Centrumspartei, die ja in erster Reihe die Deckungsfrage aufgeworfen hat, die zur Lösung dieser Frage führenden Wege bezeichne. Sie schreibt u. A.: „Wir können im vorliegenden Falle grundsätzlich durchaus nicht anerkennen, daß das Centrum die Aufgabe habe, Vorschläge zu einer Verständigung zu machen, wenn es auch die Partei ist, die die Entscheidung in der Hand hat. . . . Die Regierung weiß und hätte im Voraus wissen müssen, daß sich das Centrum auf eine Vorlage, wie das neue Flottengesetz, niemals einlassen würde, ohne die Deckungsfrage aufzuwerfen und ihre positive Lösung zu verlangen. . . . Und wenn dann der Reichstag nachholen muß, was die Regierung versäumt hat, so wäre es doch Aufgabe der Parteien, die die Flottenvorlage durchaus wollen, Vorschläge zu machen, nicht der Partei, die der Vorlage abgeneigt ist." Man kann dem Bundesrathe gewiß manchen berechtigten Vorwurf machen, aber einen Vorwurf daraus herzuleiten, daß er nicht von vornherein errathen hat, was das Centrum wohl für Forderungen stellen werde, ist nicht angängig. Denn das Centrum hat sich mehr und mehr zu einer Partei der Ueberraschungen herausgebildet. Das hat man deutlich wieder bei dem Arbeitswilligengesetze gesehen. Nach den Erklärungen des Centrums in der ersten Lesung mußte man annehmen, daß das Centrum versuchen würde, einen brauchbaren Vorschlag auszuarbeiten, bei der zweiten Lesung aber decretirte das Centrum einfach: „Werft das Ungeheuer in die Wolfsschlucht!" Darüber wird keine Sophistik hinweghelfen, daß Derjenige, der eine Frage aufwirft, in erster Reihe verpflichtet ist, nach einer befriedigenden Antwort zu suchen. Die „Kreuzztg." hat durchaus recht, wenn sie sagt: „Nicht das Aufwerfen der Frage, sondern deren glückliche Lösung ist das Ei des Columbus." Es läßt sich aber recht gut erklären, warum das Centrum, das ja sonst gern seine gesetzgeberische Productivität zur Schau trägt, bei der Lösung der Deckungsfrage möglichst in der Reserve bleiben will. Derjenige, der eine neue Steuer vorschlägt, zieht sich immer von einer Seite ein Odium zu. Ist es eine Steuer, die den Massenverbrauch trifft so sind dadurch die unteren socialen Schichten empfindlich berührt, ist es irgend eine Form einer Vermögenssteuer, so sind die wohlhabenden Classen nicht sehr erbaut. Auf die Einen aber kommt es bei den Reichstagswahlen, auf die Anderen bei den Landtagswahlen und den Communalwahlen an. Deshalb möchte das Centrum gern nur die allgemeine Directive geben: „Es muß eine Deckung gefunden werden", während es das verfängliche „Wie" lieber der Regierung und am allerliebsten den flottenfreundlichen Parteien überlassen möchte, denen es großmüthig die Unbeliebtheit, der sich die Erfinder von Steuern aussetzen, vergönnt.

+ **Berlin**, 16. Februar. (Gleiches Recht.) Nach der Begründung des Waarenhaus-Steuergesetzes sollen solche Officiers-, Beamten- u. s. w. Vereine, die zur Zeit von der Gewerbesteuer frei sind, der Umsatzsteuer nicht unterworfen werden. Dies wird vor Allem mit socialpolitischen Gründen motivirt. „Man darf nicht vergessen", so heißt es in der Begründung, „daß die große Mehrzahl der Mitglieder der Casino-, Beamten- und Officiersvereine den minder bemittelten, jedenfalls nicht den leistungsfähigsten Bevölkerungsschichten angehören, für deren Lebenshaltung es von nicht geringer Bedeutung ist, ob sie ihre Bedürfnisse an Lebensmitteln, Kleidung, Hausrath u. s. w. etwas billiger oder theurer befriedigen können. Ihnen die Möglichkeit billigerer Beschaffung der Lebensbedürfnisse durch eine Steuer, die gerade die reichsten, durch ihre Mittel der Nothwendigkeit solcher Maßnahmen überhobenen Kreise am wenigsten berührt, zu verschränken oder zu erschweren, wäre im Staatsinteresse nicht zu rechtfertigen." Hier werden Zweck und Wirkung des Gesetzes vermengt. Der Zweck ist die Verhinderung der weiteren Vernichtung der kleinen und mittleren Geschäfte durch die Riesengeschäfte. Nun ist es aber für diese kleinen und mittleren Geschäfte ganz gleichgiltig, ob ihnen private Unternehmungen oder Organisationen, wie es Beamten- und Officiersvereine sind, die Kundschaft entziehen. Sieht man dagegen von der Wirkung aus, so muß man den Kunden der privaten Riesengeschäfte das gleiche Recht zugestehen, wie denen der Beamten- und Officiersvereine. Im Durchschnitt ist die Kundschaft der Riesenbazare sicherlich nicht bemittelter, als die Mitgliedschaft der Beamten- ꝛc. Vereine. Aus den Ausführungen der Motive ergiebt sich nun, daß die Regierung annimmt, daß, wenn diese Vereine von der Steuer betroffen werden, sie die Preise heraufsetzen werden. Das werden aber auch die Riesenbazare thun müssen. Es ist dies ja auch die mit dem Gesetze verbundene Absicht, denn wenn diese Voraussetzung nicht zuträfe, so würde den mittleren und kleinen Geschäften nicht im Mindesten geholfen werden. Denn diesen Geschäften liegt nicht sowohl daran, daß die Großbazare von einer Steuer getroffen werden, sondern daß dem laufenden Publicum der in den billigeren Preisen der Großbazare liegende Anreiz entzogen werde. Will man also die Wirkung der Vertheuerung der Waaren bei den Beamten- u. s. w. Vereinen, so weit sie zur Zeit noch nicht zur Gewerbesteuer herangezogen sind, vermeiden, so müßte man sie auch bei den Riesengeschäften zu vermeiden suchen, wodurch das ganze Gesetz hinfällig werden müßte.

C. H. **Berlin**, 16. Februar. (Die Socialdemokraten im „Rothen Hause.") Nachdem die Socialdemokraten bei den letzten Ersatzwahlen zur Stadtverordnetenversammlung in der denkbar leichtesten Weise den 35. Bezirk gewonnen haben, verfügen sie jetzt über 21 Sitze im „Rothen Hause"; fällt bei der Stichwahl, wie nicht ausgeschlossen, der 44. Bezirk (Moabit) in socialdemokratische Hände, so wird sich die III. Abtheilung der Stadtverordnetenversammlung aus 24 Liberalen, 22 Socialdemokraten und 2 Antisemiten (Bürgerparteiler) zusammensetzen. Beachtenswerth ist es, daß die Zahl der socialdemokratischen Reichstagsabgeordneten im „Rothen Hause" stetig im Wachsen begriffen ist; geht das so weiter, so wird die socialdemokratische Reichstagsfraction bald einen nicht unerheblichen Procentsatz der Berliner Stadtverordneten stellen. Wahrscheinlich infolge des Wachsthums der Zahl gerade solcher Persönlichkeiten nimmt auch der socialdemokratische Einfluß in der Communalverwaltung in überraschender Weise zu. Herr Singer war mit vollem Rechte als Mitglied der städtischen Schuldeputation nicht bestätigt worden; bei der Neuwahl stimmten aber nicht nur die Socialdemokraten wieder für Singer, sondern auch die Mehrzahl der Fraction der Neuen Linken. Singer erhielt 45 Stimmen, sein Gegencandidat Weinstuck 59; siegt der Erstere bei der Stichwahl, so hat unsere Communalverwaltung wieder einen neuen Conflict mit der Regierung. Den Socialdemokraten ist das natürlich sehr angenehm, aber daß auch liberale Bürger darauf hinarbeiten, ist schwer begreiflich. Die Beziehungen zwischen dem „Rothen Hause" und dem Hofe sind leider obenhin recht schlecht; durch die Demonstrationswahl des Genossen Singer zum Mitgliede der Schuldeputation würden sie sicherlich nicht besser werden.

⊙ **Berlin**, 16. Februar. (Telegramm.) Die deutschen Ratificationsurkunden zum **Samoa-Abkommen** mit der amerikanischen und der englischen Regierung sind heute im Auswärtigen Amte den hiesigen Vertretern dieser Regierungen ausgehändigt worden.

⊙ **Berlin**, 16. Februar. (Telegramm.) Wie die „Norddeutsche Allg. Ztg." vernimmt, ist zum Gouverneur von Samoa der Präsident des Municipalrathes von Apia, **Solf**, in Aussicht genommen.

⊙ **Berlin**, 16. Februar. (Telegramm.) Die „Nordd. Allg. Ztg." erklärt auf das Bestimmteste, daß ein Artikel des „Gaulois" vom 12. Februar, worin über eine Unterredung des **Reichskanzlers** Fürst zu Hohenlohe mit einem ungenannten, angeblich mit ihm befreundeten **Franzosen**, der durch Berlin gereist, berichtet wird, auf Erfindung beruht. Fürst zu Hohenlohe hat in den letzten Wochen keinen Freund aus Paris empfangen und noch weniger gegen irgend Jemand eine Aeußerung gethan, wie sie ihm der „Gaulois" in den Mund legt, der behauptet hat, der Reichskanzler habe bei dieser Unterredung ausgerufen: „Ja, wenn Frankreich gewollt hätte" („oh, si la France avait voulu").

§§ **Berlin**, 16. Februar. (Privattelegramm.) Das **Staatsministerium** trat heute Nachmittag 3 Uhr im Abgeordnetenhause unter Vorsitz des Fürsten Hohenlohe zu einer Sitzung zusammen.

— Am Montag, den 19. d. Mts., findet im Reichs-Postamt eine Conferenz statt über Fragen, die mit der Personalreform im Zusammenhang stehen; an den Berathungen werden auch mehrere Ober-Postdirectoren theilnehmen.

— Der Verband der Baugeschäfte von Berlin und den Vororten hat die Streikeklausel in seine Verträge aufgenommen; vom 10. Februar an sind alle Mitglieder bei Conventionalstrafen unbedingt verpflichtet, in sämmtlichen Bauverträgen wörtlich folgenden Passus aufzunehmen: „Bei einem Ausstand oder einer Aussperre der Arbeitnehmer oder der Arbeitgeber verlängert sich die Bauzeit um die Dauer des Ausstandes oder der Sperre, gleichviel ob dieselben einen gänzlichen oder theilweisen Stillstand der übernommenen Arbeiten herbeigeführt haben."

— Der Reichstagsabgeordnete Erzpriester Frank von St. Pius hierselbst hat sich am Dienstag in der Klinik des Prof. Dr. Kocher in Bern einer mehrstündigen Halsoperation unterzogen, die glücklich verlief.

* **Braunschweig**, 15. Februar. Hier hat eine Versammlung des freien kirchlichen Vereins nach einem Berichte des Pastors Böhme-Rakke und weiteren Ausführungen des Landgerichtsraths Kuleman und des Schulrectors Professor Schaarschmidt folgende Resolution zum Falle Weingart angenommen:

Die heutige Versammlung des Freien kirchlichen Vereins im Herzogthum Braunschweig, verstärkt durch zahlreiche Gesinnungsgenossen als Gäste, hat mit tiefem Bedauern Kenntniß genommen von dem Vorgehen des hannoverschen Kirchenregiments gegen Pastor Weingart in Osnabrück. Sie hält dies Vorgehen für durchaus unevangelisch, erblickt darin eine Beschränkung der Forschungs- und Lehrfreiheit, eine unheilvolle Beunruhigung des gewissenhaften Glaubens, des Vertrauens zur Wahrhaftigkeit des Predigers, sowie des Gemeindelebens in der evangelischen Kirche. Wir sind zu der Erwartung berechtigt, daß in unserem Lande solches undeutsame und unevangelische Wesen keinen Boden finden werde. Wir benutzen aber den angegebenen Anlaß aufs Neue, alle kirchlich-liberal denkenden Mitglieder der Landeskirche zur regen Betheiligung am kirchlichen Leben aufzufordern, damit unserer Kirche ihre freie, gut evangelische Art gesichert bleibe. Die Versammlung spricht der Osnabrücker Gemeinde, die so schwer für ihr gutes Recht kämpft, ihre wärmste Antheilnahme aus.

* **Osnabrück**, 15. Februar. Als Nachfolger des am 1. April dss. Jrs. in den Ruhestand tretenden Regierungspräsidenten Dr. Stüve, des einzigen bürgerlichen von den sechs Regierungspräsidenten Hannovers, wird in erster Linie der jetzige Polizeipräsident von Wiesbaden, Prinz Carl von Ratibor, genannt.

* **Gotha**, 16. Februar. Der Herzog trifft von der Reise nach Rußland am 21. d. M. Mittags wieder hier ein.

th. **Weimar**, 16. Februar. Der österreichische Gesandte Graf Clary trifft heute hier ein und wird von dem Großherzog empfangen werden. An die Audienz schließt sich ein Diner zu Ehren des Gesandten. — Die Mehrheit des Finanzausschusses des Landtages hat sich für die von der Regierung beantragte Aufbesserung der Beamtenbesoldungen erklärt.

z. **Weimar**, 15. Februar. Da socialdemokratische Versammlungen im hiesigen Großherzogthum nicht mehr gestattet werden, so veranstalten die „Genossen" jetzt Sprechstunden. So war am vergangenen Sonntage der vielgenannte Socialdemokrat Baudert aus Apolda in Gaberndorf anwesend, nachdem er vorher bekannt gemacht hatte, daß er dort für seine Wähler zu sprechen sein werde. Der Andrang war so stark, daß die Leute im Gasthofe nicht alle Unterkommen fanden.

f. **Fulda**, 16. Februar. (Privattelegramm.) Domdechant Dr. Karl Brun ist gestorben.

W. **Stuttgart**, 14. Februar. Die Ernennung des Professors v. Schönberg zum Kanzler der Universität Tübingen und damit zugleich zum Mitgliede der Abgeordnetenkammer wird von der liberalen Presse lebhaft begrüßt. Die Landesuniversität wie auch der Landtag haben in Schönberg einen im praktischen Leben wie in der Wissenschaft bewährten Nachfolger des verstorbenen hervorragenden Kanzlers (v. Weizsäcker) erhalten. Die Centrumspresse macht dagegen der Regierung heftige Vorwürfe darüber, daß sie den Nichtwürttemberger Schönberg dem in erster Linie in Betracht gekommenen Professor v. Mandry vorgezogen habe, und zwar nur deshalb vorgezogen habe, weil Mandry Katholik sei. v. Schönberg ist 1839 zu Stettin geboren und studirte zu Bonn und Berlin Rechts- und Staatswissenschaften. Seine Lehrthätigkeit begann er 1867 an der landwirthschaftlichen Akademie Proskau, 1868 wurde er Professor der Nationalökonomie in Basel, 1870 in Freiburg i. Br., seit 1872 wirkt er an der Universität Tübingen. Von seinen zahlreichen Schriften ist sein „Handbuch der politischen Oekonomie" am bekanntesten geworden. In politischer Beziehung gehört der neue Universitätskanzler zur deutschen Partei; er wird sich im Landtag, wie sein Vorgänger, der deutschparteilichen Kammerfraction anschließen. Die Beeidigung des neuen Universitätskanzlers hat heute im Cultusministerium stattgefunden.

* **Augsburg**, 15. Februar. Der Magistrat hat einstimmig beschlossen, ein städtisches Arbeitsamt einzurichten.

(Fortsetzung in der 1. Beilage.)

Ernennungen, Versetzungen ꝛc. im öffentlichen Dienste.

Departement des Cultus und öffentlichen Unterrichts.

Zu besetzen: Ostern 1900 die erledigte 2. ständige Lehrerstelle in Großdeuben bei Leipzig. Collator: die oberste Schulbehörde. Einkommen: 1200 ℳ Grundgehalt, 300 ℳ persönliche Zulage bis zur Anstellung einer in Aussicht genommenen hohen Gehaltsstaffel, 100 ℳ für stellvertretenden Kirchendienst, 100 ℳ für Fortbildungsschulunterricht und 200 ℳ Wohnungsentschädigung für einen verheiratheten bezw. 150 ℳ für einen unverheiratheten Lehrer. Gesuche sind unter Beifügung auch des musikalischen Zeugnisses bis zum 28. Februar bei dem königl. Bezirksschulinspector zu Leipzig II, Schulrath Zimmler, einzureichen.

Sport.

* Aus der „Sport-Welt": 558 000 ℳ werden im Jahre 1900 im Ganzen an Preisen des Union-Clubs ausgesetzt. — 230 200 ℳ sind 20 Ehrenpreise setzt der Verein für Hindernißrennen in den für Carlshorst und Herzburg zunächst ausgeschriebenen 99 Rennen aus. Von dieser Summe rühren 6500 ℳ vom Union-Club und 3000 ℳ vom braunschweigischen Staatsministerium her. Es entfallen auf Flach-Rennen 33 800, auf Hürden-Rennen 40 000 und auf Jagd-Rennen 146 400 ℳ. Für Inländer sind 76 700 ℳ reservirt, für Pferde aller Länder 143 500 ℳ angesetzt. — Der Schlesische Verein für Pferdezucht und Pferde-Rennen hat in dieser Saison wieder fünf Tage angesetzt. Der erste Renntag ist am 13. Mai, der zweite am 17. Juni, das große Meeting am 8. und 9. Juli, während der letzte Tag auf den 14. October gelegt worden ist. — Das Jubiläums-Jagd-Rennen in Münster hat mit 42 Unterschriften die geforderte Zahl noch um zwei überschritten. Mit sechs Unterschriften ist allein der Werner Stall vertreten, darunter „Roß" und „Marmelade".

(Eingesandt.)

Zur Milchpreisfrage.

In der Morgenausgabe vom 13. dieses Monats benutzt ein „Unparteiischer" die Presse, um in einer Weise zwei Interessentengruppen, Landwirthe und Milchhändler, blosszustellen, daß von unparteiisch und objectiv keine Rede sein kann. Der Herr „Unparteiische" schreibt: Die Milch, welche wir im Sommer um 5 oder 6 Uhr früh vom Milchmann bekommen, ist Abendmilch, welche im Milchkübel stehen bleibt und Morgens abgelahmt wird. Die Frühmilch, welche gewöhnlich zwischen 3 und 4 Morgens gemolken wird, kommt erst Mittags gegen 11 Uhr in die Stadt, natürlich auch erst abgeschäumt. Ebenso im Winter, wo sich derselbe Vorgang ein paar Stunden später abspielt. Hierzu möchte ich dem Herrn rathen, gerade jetzt im Winter einmal 2—3 Stunden früher wie gewöhnlich aufzustehen, seinen schwarzen Kaffee zu trinken und dann punct 5 Uhr 15 Min. am Plagwitzer Bahnhof zu sein. Dort wird er sich überzeugen können, daß die Frühmilch nicht erst Mittags zur Stadt kommt, sondern um 5½ Uhr früh schon hier ist, zu einer Zeit, wo der Herr Einsender noch ruhig schläft. Sollte der Herr aber nicht wissen, was Morgen- und Abendmilch ist, so wird vielleicht ein dort anwesender College von mir ihn unterrichten. Weiter kann er sich ½6 Uhr am Magdeburger, ½7, ferner ½7 und ½8 Uhr am Dresdner Bahnhofe überzeugen, daß mit allen ankommenden Zügen fast durchweg Morgenmilch ankommt. Die mit späteren Zügen ankommende Milch ist meistens zur Verarbeitung zu Molkereiproducten in hiesigen Molkereien bestimmt. Als eine schwere Verunglimpfung muß ich aber die Behauptung zurückweisen, daß die Milch abgeschäumt werde, ehe dieselbe versandt würde. Weiß der Herr nicht, daß der Rath der Stadt Leipzig auf Grund des hiesigen Milchregulativs, welches 3 Proc. Fettgehalt vorschreibt, eine sehr scharfe Controle ausüben läßt? Der Procentsatz von 3 ist ein sehr hoher und es ist nicht leicht, ihn zu erreichen und festzuhalten. Es kann demnach nicht im Entferntesten daran gedacht werden, die Sahne noch literweise wegzunehmen, um damit den Hausbedarf des Landwirthes zu decken. Weiter schreibt der Herr: Jeder, der mit dem Landleben vertraut ist, weiß, daß man nur Vollmilch bekommt, wenn man selbst ein Gut hat. Verehrter Herr, dieselbe Milch bekommen Sie auch in der Stadt. Wenn man selbst ein Gut und Melkvieh hat und füttert nicht mit Kraftfutter ꝛc., bekommt man auch auf dem Gute keine Vollmilch. Auf das Weitere will ich nicht erwidern, es ist wirklich die Druckerschwärze nicht werth. Aber entschieden weise ich die Anmaßung zurück, mit welcher der Herr als „Unparteiischer" über landwirthschaftliche Fragen urtheilt, von denen er offenbar nicht das Geringste versteht.

Geißler,
Vorstandsmitglied des Leipziger Milchhändlervereins.

Lombardirung börsenfähiger Minen-Shares
bis zu 75% des Marktwerthes gegen 6% jährliche Verzinsung.
Specialität: An- u. Verkauf von Minen- u. Amerikaner-Werthen.
Objective Auskunfts-Ertheilung. — Deutsche Wochen- und Special-Berichte über die Londoner Börse kostenfrei. — Correspondenz in Deutsch, Englisch, Holländisch, Französisch, Italienisch und Spanisch.
Bank-Referenzen:
London & Paris Exchange Ltd.
24, Throgmorton Street, London E. C.

Julius Blüthner
Kaiserl. und Königl. Hofpianofortefabrik
Eingang Weststrasse 59.

Auskunfts-Bureau „Vorsicht"
Gegr. 1869. P. Vetterlein Nachf. Gegr. 1869.
Leipzig, Ritterstraße 8, I. Fernsprecher Nr. 812.
Ertheilt Auskünfte auf das In- u. Ausland prompt u. gewissenhaft.

Sunlight-Seife
ist die beliebteste Hausseife,
ist im Verbrauch die billigste,
vereinfacht das Waschverfahren.
Zu haben in den einschlägigen Geschäften.
Preis pro Carton (ein Doppelstück) 25 Pfg.

Als Ballpuder von unerreichter Deckkraft u. distinguirtem Parfum nimmt der Neue Crême Iris-Puder (elfeg. Dose 1 ℳ) von Apotheker Walter Weiss, Berlin S. O. 33 (früher Stettin) die bevorzugteste Stell. ein. Man gebraucht denselb. gleichs. mit d. beliebt., ärztl. warm empf. Neuen Crême Iris (Topf 1 ℳ, Tube 60 u. 20 ₰), sowie Neue Crême Iris-Seife (3 St. 1,50 ℳ) Ueberall i. Apoth., Parfüm. u. Drog.

Heinrich Bauer
Ausstellung von Wohnungseinrichtungen
Colonnadenstrasse 14.

Steinlicht-Glühkörper. „Kerzen-Strahler". Fernspr. 5765. Hallische Str. 5. Otto Hentze. Gasanlagen und Instandhaltung im Abonnement.

Alle Leute
die auf ihre Gesundheit achten, sollten an Stelle des schädlichen Bohnenkaffees Kathreiner's Malzkaffee trinken, oder doch zum mindesten den Kaffee zur Hälfte mit Kathreiner mischen.

Israelitische Religionsgemeinde zu Leipzig.
Gottesdienst Sonnabend, 17. Februar, Vorm. 8½ Uhr.
Jugendgottesdienst Nachm. 2½ Uhr.

Tageskalender.

Telephon-Anschluß:

Expedition des Leipziger Tageblattes	Nr. 222
Redaction des Leipziger Tageblattes	„ 153
Buchdruckerei des Leipziger Tageblattes (E. Polz)	„ 1173.
Alfred Hahn vorm. Otto Klemm's Sortiment, Filiale: Universitätsstraße 3: 4046.	
Louis Lösche, Filialen des Leipziger Tageblatts: Katharinenstraße 14: 2935. Königsplatz 7: 3575.	

Adressen aller Branchen, Stände und Länder liefert unter Garantie Welt-Adressen-Verlag Emil Reiß, Leipzig. Catalog gratis. Fernspr. 3229. Telegr.-Adresse: „Weltreiß-Leipzig".
Auskunftsstelle für See- Schiffahrts- und Reise-Verkehr. Reise-Welkarte der Hamburger Rhedereien: F. W. Braunenstein, Blücherplatz 1. Unentgeltliche Auskunftsertheilung: Wochentags 9—12 Uhr Vormittags und 3—6 Uhr Nachmittags.
Patent-, Gebrauchsmuster- u. Marken-Auskunftsstelle: Brühl 3 (Tuchhalle), I. Exped. Wochentags 10—12, 4—6. Fernspr. 682.
Oeffentliche Bibliotheken:
Universitäts-Bibliothek. Die Bibliothek ist an allen Wochentagen geöffnet: Früh von 9—1 Uhr und (mit Ausnahme des Sonnabends) Nachmittags von 3—5 Uhr. Der Lesesaal ist geöffnet: Früh von 9—1 und (mit Ausnahme des Sonnabends) Nachmittags von 3—6 Uhr. Die Bücher-Ausgabe und Annahme erfolgt täglich früh von 11—1 Uhr und (mit Ausnahme des Sonnabends) Nachmittags von 3—5 Uhr.
Stadtbibliothek: Mittwochs und Sonnabends von 3 bis 5 Uhr, an den übrigen Tagen von 11 bis 1 Uhr. Der Lesesaal ist an jeden Tag von 10 bis 1 Uhr und von 3 bis 6 Uhr geöffnet; nur Montags und Donnerstags Nachmittags ist er geschlossen.
Bibliothek der Handelskammer (Neue Börse, Tr. B, I.): Bücherausgabe und Benutzung des Lesesaals von 9—12 und 3—7 Uhr. Verlegung der Patentschriften von 9—12 und 3—7 Uhr ebenda.
Bibliothek der Innern Mission, Roßstraße 14.
Volksbibliothek, Roßstr. 14, Mittwoch u. Sonnabend 2—3 U.